

Helmut Nicolaus

DEMOKRATIE, VERHÄLTNISSWAHL &
ÜBERHANGMANDATE

Eine Studie zum Wahlverfassungsrecht

MANUTIUS VERLAG HEIDELBERG

Inhaltsverzeichnis

<u>I. Einführung</u>	1
1. Staatspolitische Aktualität und Relevanz der Problematik	1
a. Der Ausgang der Bundestagswahlen vom 16. Oktober 1994	2
b. Wahlprüfungs-, Normenkontroll- und Organstreitverfahren	2
c. Politische Kontroverse und juristischer Meinungsstand	2
2. Methodischer Ansatz. Wahlrechtswirklichkeit und Verfassungsrecht	5
a. Wahlrechtstatsachen und Ermessenskontrolle des Wahlgesetzgebers	5
b. Kontrolle legislatorischen Ermessens durch das Bundesverfassungsgericht	11
c. Ursachen und Auftreten von Überhangmandaten auf Bundesebene	16
aa. Mögliche Ursachen für das Auftreten von Überhangmandaten	16
bb. Die Wahlrechtsslage in den Bundesländern	18
cc. Rechtspolitische Folgen unterbliebener Faktorenanalyse	20
3. Der Gang der Untersuchung	23
<u>II. Gleichheit und Wahlgerechtigkeit</u>	25
1. Rechtsphilosophische Vorbemerkungen	25
2. Wahlrechtsgleichheit und Wahlgerechtigkeit in der Demokratie	31
a. Wahlrechtsgleichheit	31
b. Wahlrechtsgleichheit in der Mehrheitswahl	33
c. Mehrheitswahl und die Ambivalenz des Zählwertbegriffs	35
3. Die staatstheoretischen Grundlagen des Wahlrechts	39
a. Staatsräson, Dezisionismus und die Entscheidung für das Wahlrecht	39
b. Erfolgsschancengleichheit, Territorial- und Populärrepräsentation	43

aa. Territorialrepräsentation und Parlamentssouveränität in England	43
bb. Populärrepräsentation, Volkssouveränität und Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland	47
cc. Die gleiche Chance des legalen Machterwerbs als Wahlrechtsgrundsatz	49
c. Grundlegende Mißverständnisse bei Überhangmandaten und bei der Personenwahl	51
aa. Interne Überhangmandate als Wölfe im Schafspelz externer Überhangmandate	51
bb. Staatspolitische Gefahren durch die Wahlrechtspraxis	52

III. Proportionalität und Erfolgchancengleichheit 56

1. Der verfassungsrechtliche Prüfungsmaßstab des Verhältniswahlrechts	56
a. Proportionalität als Prüfungsmaßstab	56
b. Wahlrechtstheorie: personalisierte Verhältniswahl	58
c. Die Wahlrechtspraxis: proportionalisierte Mehrheitswahl	58
2. Vollständiger Verhältnisausgleich als Folge des Vorrangs der Verhältniswahl	65
a. Der Begriff des vollständigen Verhältnis ausgleichs	65
b. Vollständiger wahlgebietsweiter Verhältnis ausgleich	69
c. Vollständiger gleichmäßiger Verhältnis ausgleich	71
3. Die allgemeine Erfolgchancengleichheit im Wahlrecht	73
a. Bestimmung des Stimmgewichts über die Erfolgchancen	73
aa. Das Problem der Berechnung des Stimmgewichts	73
bb. Erfolgchancengleichheit im Mehrheitswahlrecht	78
cc. Stimmgewichtsberechnung und Zählwertgleichheit	82
b. Die Subjekte der Chancengleichheit	83
aa. Aktives Wahlrecht und Erfolgchancen- gleichheit der Wähler	84

bb. Die Chancengleichheit der Parteien im politischen Wettbewerb	86
cc. Die Chancengleichheit der Landeslisten	86
dd. Passives Wahlrecht und Erfolgchancen- gleichheit der Wahlbewerber	88
c. Maßstäbe zur Beurteilung der Wahlschancen und des Wahlerfolgs	89
aa. Zählwertvorteil der Wähler durch Verdop- pelung des Zählwerts	89
bb. Vorteil der Wähler durch Verdoppelung der Erfolgchancen	90
cc. Erfolgswertvorteil der Wähler durch erhöhten Einfluß auf die Kanzlerwahl	91
d. Stimmensplitting und Erfolgchancendifferenzie- rungen bei der Kanzlerwahl	92

IV. Die gesetzliche Zusammensetzung des Bundestages 97

①. Gesetzwidrigkeit von Überhangmandaten über § 7 BWG	97
a. Vorüberlegungen	97
b. Verstoß der Überhangmandate gegen § 7 Abs. 2 und 3 BWG	100
c. Verfassungskonforme Auslegung des § 7 Abs. 2 u. 3 BWG	106
2. Zusammensetzung des Deutschen Bundestages bei gesetzmäßiger Berechnung	109
a. Verteilung auf die nicht verbundenen Landes- listen und Listenverbindungen gem §§ 6 und 7 BWG	109
b. Mandatsverteilung auf die verbundenen Landes- listen der CDU	112
aa. Mandatsverteilung gem. §§ 6 und 7 BWG bei internem Verhältnisausgleich	112
bb. Mandatsverteilung bei teleologischer Auslegung des § 7 Abs. 3 S. 2 in Verb. m. § 6 Abs. 5 S. 1 BWG	114
cc. Ergebnis der gesetzlichen Sitzverteilung	117

c. Verteilung auf die verbundenen Landeslisten der SPD	117
aa. Mandatsverteilung gem. §§ 6 und 7 BWG bei internem Verhältnisausgleich	117
bb. Mandatsverteilung bei teleologischer Auslegung des § 7 Abs. 3 S. 2 in Verb. m. § 6 Abs. 5 S. 1 BWG	119
cc. Ergebnis der gesetzlichen Sitzverteilung	120

V. Verfassungsrechtliche Prüfung der Reststimmenverwertung 121

1. Teilweise Verfassungswidrigkeit des §§ 7 Abs. 3 S. 1 BWG	121
a. Unnötige Stimmgewichtsdifferenzierung bei mehr als 10 Landeslisten durch § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	121
aa. Bundestag insgesamt	121
bb. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	122
cc. Christlich-Demokratische Union und Christlich Soziale Union	122
dd. Freie Demokratische Partei	123
ee. Bündnis 90/Die Grünen	123
ff. Vergleich der Wahlchancen der Bewerber und des Erfolgswertes der Wähler aller Landeslisten	125
b. Sitzverteilung auf die Landeslisten gem. § 7 Abs. 2 u. 3 BWG	126
aa. Sitzverteilung auf die Landeslisten der SPD	126
bb. Sitzverteilung auf die Landeslisten der FDP	130
cc. Sitzverteilung auf die Landeslisten der Grünen	132
dd. Sitzverteilung auf die Landeslisten der PDS	133
c. Keine Rechtfertigung von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	134
2. Verfassungsgemäße Reststimmenverwertung: eine Mischung aus d'Hondt und Hare	137
a. Gebot der der proportionalen Reststimmenver- wertung bei internem Verhältnisausgleich	137
b. Hare/Niemeyer unter Berücksichtigung von Überhängen	140

aa. Verteilung am Beispiel der CDU-Landeslisten	141
bb. Verteilung am Beispiel der SPD-Landeslisten	142
c. Quotientenvariationsverfahren	143
<u>VI. Verfassungsrechtliche Prüfung der Überhangmandate</u>	147
1. Der gesetzliche Sinn von Überhangmandaten	147
a. Prämie auf die Qualifikation der Repräsentanten	147
b. Verbesserte Territorialrepräsentation	148
c. Residuen organischer Wahlrechtsvorstellungen	149
2. Die Grenzen der Zulässigkeit von Überhangmandaten	150
3. Keine verfassungsrechtliche Rechtfertigung von Überhangmandaten	151
a. Wahlkreisgröße	151
b. Unterschiedlich hohe Wahlbeteiligung in den einzelnen Ländern	152
c. Stimmensplitting als Ursache für Überhangmandate	153
d. Leihstimmenstrategien der Parteien	154
e. Verfehlte Reststimmenverwertung und § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	154
f. Kumulation und Neutralisierung von Verzerrungs- faktoren und Ursachen für Überhangmandate	154
g. Keine Rechtfertigung durch das Bundesstaatsprinzip	155
h. Keine Rechtfertigung durch staats- politische Notwendigkeiten	157
i. Zwischenergebnis der Untersuchung nach den Maßstäben des BVerfG	160

<u>VII. Kompensation durch andere Verzerrungsfaktoren?</u>	161
1. BVerfGE 179, 169 ff. - Rechtfertigung durch noch größere legale Stimmgewichtsabweichungen?	161
2. Keine Kompensation der durch Überhangmandate bedingten Stimmgewichtsdifferenzierungen durch die Auswirkungen von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	165
a. Strikte Anwendung der Regeln in BVerfGE 179, 169	165
b. Konsequente Anwendung der Regeln in BVerfGE 179, 169 ff. nach ihrem Grundgedanken	167
c. Analoge Anwendung der Regeln auf einzelne Landeslisten	168
3. Noch: Keine Kompensation durch die Auswirkungen von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	170
a. Doppelte Auswirkung von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG bei der CDU	172
b. Doppelte Auswirkung von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG bei der SPD	173
c. Bereinigung um die Auswirkungen von § 6 Abs. 2 S. 4 BWG	174
4. Keine Kompensation der Überhangmandate durch die Auswirkungen des Stimmensplittings	175
a. Keine Rechtfertigung der durch das Stimmensplitting verursachten Überhangmandate	175
b. Kompensation der übrigen Überhangmandate durch das Stimmensplitting?	176
aa. Prüfung bei Zugrundelegung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24.11.1988	178
bb. Kompensation der oder einiger Überhangmandate durch die Auswirkungen des Stimmensplittings nach dem Zweitstimmengewicht?	179
cc. Kompensation bei Gewichtung des Erst- und Zweitstimmengewichts? Vergleich Koalition - Opposition	182
dd. Kompensation der oder einiger Überhangmandate durch die Auswirkungen des Stimmensplittings unter Gewichtung des Erst- und Zweitstimmengewichts? Vergleich der Parteien	187

<u>VIII. Schluß und Ergebnis</u>	189
1. Zur Frage der Einführung des Mehrheitswahlrechts	189
2. Einzelergebnisse	191
3. Das gesetzliche und verfassungsmäßige Wahlergebnis	194
4. Zur Frage der Ausgleichsmandate	197
5. Vorschlag zur Neufassung der §§ 6 und 7 BWG	202
<u>Literaturverzeichnis</u>	204